

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Preis für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berlin bei täglich zweimaliger Zeitung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Die einpfeilige 37 mm breite Seite 5,- M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter
Einkauf u. Wohnungsanzeigen, 1-pfeilige Anz. u. Bezahlte 25 % Sprungplätze laut
Zahl. Gesamtgröße Anzeigen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Verantwortung und Geschäftsleitung:
Verantwortung: 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Kauft Bücher!
Sie sind auch heute noch das beste und billigste
Konfirmationsgeschenk!

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(in den Alt-Stadtteilen)
Erstes Tages-Café mit feinen Konditorei-Spezialitäten

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauf
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Armbanduhren
In Gold, Silber und Metall

GUSTAV SMY DRESDEN
Moritzstr. 10 Ecke König-Jah-Str.

Taschenuhren
Größte Auswahl
Billigste Preise
Für guten Gang weitgehende Garantie

Das Gleichgewicht im Haushalt der Eisenbahn.

Groeners Vertrauen in eine bessere Zukunft.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.
Berlin, 21. März. Am Hauptauschuss des Reichsbundes berichtete Reichsverkehrsminister Groener über die gegenwärtige Lage der Reichseisenbahn. Der ordentliche Haushalt für 1922 einschließlich eines noch zu erwartenden Nachtragshaushalts beläuft sich auf 17 Milliarden Mark, der außerordentliche Haushalt mit 17 Milliarden Mark, aus dem Vortragsjahr betragen 11,6 Milliarden Mark, aus dem Vortragsjahr 8,3 Milliarden Mark. Die sonstigen Einnahmen belaufen sich auf 2,1 Milliarden Mark. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne stellen sich auf 4,2 Milliarden Mark. Für sachliche Ausgaben waren 50,4 Milliarden Mark erforderlich. Der Schuldendienst beanspruchte 4,1 Milliarden Mark. Der Betriebsüberschuss betrug 4,5 Milliarden Mark.

Damit sei der Fehlbetrag, der noch im vorigen Jahre vorhanden war, beseitigt. Aufgabe der Eisenbahnverwaltung müsse es sein, führte der Minister weiter aus, im kommenden Wirtschaftsjahr mit aller Energie weiterhin dafür zu sorgen, daß der Haushalt im Gleichgewicht bleibe. Dem Etat 1922 wählten folgende Preisveränderungen der Eisenbahnmateriale die zugrunde gelegt werden: Für Kohle das Zwische des Friedenspreises von 1918, für Schienen das Zwische des Friedenspreises von 1918, für Eisenbahnen das Zwische, für Holzschwellen das Zwische, für Petroleum das Zwische, für Kleinfahrzeuge das Zwische, für Stabstahl das Zwische, für Kupferblech das Zwische, also durchschnittlich das Zwische des Friedenspreises von 1918. Der Minister machte darauf aufmerksam, daß vom April ab angesichts der riesigen Steigerung der Materialpreise und der Gehälter die Gütertarife eine vierprozentige Erhöhung erfahren müssen.

Was die Personalpolitik der Reichseisenbahn betreife, so handle es sich im Augenblick weniger um Arbeiterfragen als um

Probleme des Beamtenrechts.

Minister Groener betonte, er wolle vermeiden, auf den nun glücklich in der Vergangenheit liegenden Streit zurück-

zukommen. Unzweifelhaft sei jetzt eine gewisse Beruhigung unter der Beamtenchaft eingetreten. Die Klasse der Beamtenhändler würde auf einem durchaus vernünftigen und zu billigen Boden. Er verhoffte sich nicht der Ansicht, daß, wenn der Staat mit Recht fordere, daß der Beamte seinen Lohn freieren dürfe, der Staat dann aber auch unbedingt die Verpflichtung habe, ausgiebig für seine Beamten zu sorgen und zwar in einer Weise, daß die Beamtenhändler aus jeder wirtschaftlichen Not herauskäme. Eines ohne das andere läßt sich nicht verteidigen. Der Minister teilte dann noch mit, daß an Disziplinarverfahren rund 550 anhängig seien, eingestellt seien bisher rund 120. Von Kündigungen bei künftigen Beamten seien insgesamt 295 anrechenbar worden. Was

die Ansichten der Reichseisenbahn anbelangt, so habe er die Überzeugung, daß das Internehmen der deutschen Reichseisenbahn in seinem inneren Kern absolut gesund, sowie auch finanziell gesund sei. Nichts desto trotz sei es einer gewissen Zeit, um die Schäden wieder auszugleichen, die der Krieg in Eisenbahnen verursacht habe. Was das der künftigen Hauptaufgabe an Schäden verursacht habe, müsse wieder herbeigeführt werden. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß in wenigen Jahren dem Deutschen Reich ein Eisenbahnen zur Verfügung stehen würde, das allen Verkehrsansprüchen gewachsen sei.

Hausjuchungen bei den Kommunisten.

Berlin, 21. März. Die Auffindung der kommunistischen Zentrale in Berlin hat die Berliner Polizei veranlaßt, heute auch im Parteibüro der K. P. D. und in den Räumen der kommunistischen Betriebsrätezentrale Hausjuchungen vorzunehmen. Gleichzeitlich erließ die Unterjuchung auf die Zweigstellen im Reich.

Ernennung Wiedfeldts zum Botschafter.

Berlin, 21. März. Der Reichspräsident hat den Geheimrat Dr. Wiedfeldt zum Botschafter in Washington ernannt, nachdem diesem das Mandat der amerikanischen Regierung erteilt worden ist. (28. T. 3.)

Die Genfer Schlussverhandlungen über Oberschlesien.

Genf, 21. März. Heute begann Präsident Calonder seine Vermittlungsaktion zwischen dem deutschen und dem polnischen Bevollmächtigten, die jedoch gleichzeitig noch ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzten. Dabei gelang es, in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten sollen morgen fortgesetzt werden. Weiblich ergebnislos, oder in eine Einigung auf der ganzen Linie nicht zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mittags das vorgesehene Schiedsverfahren in einer öffentlichen Vollversammlung der Konferenz eingeleitet. Der Schiedspruch soll etwa zwei Tage später verkündet werden. (28. T. 3.)

Die ober-schlesische Autonomiefrage.

Genf, 21. März. Die Rede von Herrn von Bredow hat, wie wir an nachstehender Stelle erfahren, unabhängig die Frage der Autonomie des Reiches und Preußens zur ober-schlesischen Autonomiefrage in den Vordergrund gerückt. Dieser war diese Frage nicht unklar. Im Gegenteil zu Preußen nimmt das Reich die Stellung ein, daß ein autonomes Oberschlesien erwünscht wäre. Dagegen verlangt Preußen, daß Oberschlesien weiter an Preußen angegliedert bleibe. Die Differenz zwischen dem Reich und Preußen in dieser Frage ist seit einigen Tagen so ausgeprägt, daß Beratungen der kompetenten Stellen angebahnt sind, die in der nächsten Zeit stattfinden werden. Sie haben die Aufgabe, die ober-schlesische Autonomiefrage aufzuklären.

Die Note zur Abrechnung der ober-schlesischen Aufstandsschadungen.

Berlin, 21. März. Die Botschafterkonferenz hat der deutschen Botschaft in Paris folgende Note überhandt: Herr Geschäftsträger! Herr Dr. Wauer hatte der Botschafterkonferenz am 12. Dezember 1921 eine Note zugehen lassen, in der die deutsche Regierung die Forderung an die alliierten Mächte stellt, Ertrag für die Schäden zu leisten, die dem Abhängigkeitsgebiete während der Besatzungszeit durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. Die deutsche Regierung stellt die Behauptung auf, daß die Vergütung für diese Schäden nicht aus den örtlichen Einnahmen abgedeckt werden könne, sondern daß sie von den alliierten Mächten selbst sichergestellt werden müsse. Die Botschafterkonferenz beabsichtigt nicht, im gegenwärtigen Zeitpunkt in eine Erörterung darüber einzutreten, wer für die Schäden in Oberschlesien als verantwortlich festzustellen ist. Für Schweigen hierüber darf für die Botschafterkonferenz nicht dahin angelegt werden, als ob sich in dieser Frage irgendwie festgelegt habe. Aber sie hat die Pflicht, zu erklären, daß sie die im Schreiben des deutschen Botschafters

entwickelte These keinesfalls zulassen kann. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die von der Kommission für die Verwaltung des Abhängigkeitsgebietes aufzubringenden Kosten aus den örtlichen Einnahmen bestritten werden sollen. Die Verantwortungen für die im Abhängigkeitsgebiete entstandenen Aufstandsschäden müssen demnach selbstverständlich in die Ausgaben einbezogen werden. Für den Fall, daß die örtlichen Einnahmen nicht ausreichen sollten, mußte festgestellt werden, unter welchen Bedingungen die Entschädigung zu leisten wäre. Aber die Verantwortlichkeit der alliierten Mächte kann niemals in Frage kommen. Eine Bestimmung des Friedensvertrages berechtigt die deutsche Regierung zu der von ihr aufgestellten Behauptung, daß die Vergütung für diese Schäden den alliierten Mächten zur Last zu legen sei. Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schreiben in Beantwortung der oben erwähnten Note zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen. (28. T. 3.)

Lloyd George geht nach Genua.

Genf, 21. März. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Lloyd George habe nun endgültig beschlossen, nach Genua zu gehen. Er werde dort etwa 14 Tage bleiben. Ein Erhaben um ein Vertretungssystem im Unterhaus, das von gewisser Seite nachgefragt worden sei, komme nicht in Frage. Es sei jedoch geplant, daß während der ersten Woche im April das Unterhaus Gelegenheit erhalten solle, die Politik zu erörtern und zu billigen, die die britische Regierung der Konferenz von Genua zu unterbreiten beabsichtigt. Lloyd George, der in etwa zehn Tagen nach London zurückkehren wird, werde eingehende Erklärungen vor dem Unterhaus über seine Absichten auf der Konferenz abgeben.

„Strenge Garantien und wirksame Kontrolle.“

Paris, 21. März. Wie der „Temps“ berichtet, hat die französische Delegation bei der Reparationskommission ihre Zustimmung zu dem Memorandum für das Jahr 1922 von der Einrichtung strenger Garantien und der Organisation einer wirksamen Kontrolle der deutschen Finanzen abhängig gemacht. Die letztere muß sich beziehen 1. auf die Ausgaben des deutschen Budgets, 2. auf dessen Einnahmen, 3. auf die Tätigkeiten der Reichsbank, 4. auf den Devisenverkehr. Dieses französische Programm liegt nach dem „Temps“ den Beratungen der Kommission zugrunde. Der Vorsitzende der französischen Delegation Dubois hat in der Kommission ein umfangreiches Memorandum eingebracht, das wie folgt eingeteilt ist: 1. Memorandum über die finanzielle Lage Deutschlands, 2. Beantwortung des deutschen Memorandums vom 28. Januar 1922 und des Exposés Rathenaus in Genua über die deutsche Finanzlage, 3. Vorschläge eines Zahlungsplanes für 1922 und Einführung der oben erwähnten vierfachen Garantien.

Rathenaus Weckruf mit dem Dollarkurs.

Es es ein Weckruf, ist es ein wütendes leuchtendes Hinterdenkendes des einen hinter dem andern? Das erfüllungswilligen Reparationsfanatikers Rathenau hinter dem dahinterliegenden Dollarkurs, oder umgekehrt? Wer wird der Sieger sein? Der Dollarkurs, der mit einem Stand von über 300 den bisher höchsten amtlich notierten Kurs erreicht hat, oder der Minister, der aller Welt seinen Entschlossenheitsbeweis bringt, wie tief man ein Volk ins Glend führen kann? Gewiß hat die Frage, wer aus diesem Weckruf als Sieger hervorgehen wird, ein großes akademisches Interesse — für Berufende und vielleicht für den theoretisierenden Minister, aber nicht für das deutsche Volk, das in diesem sein Lebensmark verziehenden Kampfe unbedingt auf der Strecke bleiben muß. Mit rauher Hand hat der Dollarkurs von über 300 den Schleier von diesem vorkriegsähnlichen Klagen gezogen, und heute mühte es sich Rathenau einsehen, daß des Lebens goldener Baum von der grauen Theorie zum Verdorren gebracht wird. Als der Dollarkurs nach kurzer Pause vom November bis Januar wieder ansetzt, man es andere erste treibende Kräfte geben haben, als Rathenau, nämlich die durch die Preissteigerung im Innern hervorgerufene Markt-Entwertung und den nach Scheitern der Genoa-Vollungen neu empfindenden, so lange künstlich zurückgehaltenen Devisenbedarf der Industrie für den Rohstoffbezug. Jedenfalls traten Devisenkräfte der Regierung für den Reparationsbedarf in dieser Zeit noch zurück, da das Reich für die Januar-Rate bereits Devisen angeammelt hatte. Das über Gebühr verlannte Provisorium von Genua, nach dem dem hinteren deutschen Wirtschaftskörper alle zehn Tage 31 Millionen abgezahlt werden, hat diese ersten Gründe sehr bald in den Hintergrund treten lassen und heute sind die ungeheuren Devisenflüsse des Reiches — natürlich neben der unvermeidlichen Spekulation — nach den Worten Rathenaus die maßgebenden treibenden Kräfte. Heute steht Rathenau auf dem Plan und tut nichts, um dem Glend zu hemmen. Das Glend und die Not des deutschen Volkes kommen für ihn ja erst in zweiter Linie in Frage; denn aus ihm sprach nicht nur in Genua der „Geist des internationalen Kapitals“. Er herrschte ebenso in seiner ersten und einzigen Reparationsrede, nach der für ihn die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung“ ist, sondern die: „Wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die anderen Völker erträglich ist“. Das ist echter Geist des internationalen Kapitals! Und wohin der führt, zeigt der heutige Dollarkurs. Ein Weckruf, in dem der Dollarkurs die Erfüllungswilligkeit des Ministers, die unablässige Verfolgung der Erfüllung des Dollars zu immer wahnwitzigerer Aufwärtsbewegung treibt. Ein Widerstand, wenn ein deutscher Beweis auf Köhen der Verleumdung und des Ruins Deutschlands erfolgt.

Wo sind die Wege, die uns der Minister aus der unvermeidlichen Katastrophe zeigt? Er wies auf Amerika, das mit dem Erlaß der Kriegsschulden den ersten Anstoß zur Herabsetzung der Reparation geben müßte. Er hat wenige Tage darauf die schallende Drohung bekommen, daß Amerika nicht nach Genua geht, daß es mit seiner Forderung nach Herabsetzung der Reparationslasten Deutschlands Lage noch verschlimmert. Er blidte trotz Bonjean keinen Anstoß nach Genua und sieht heute in der Chamaud Lloyd Georges auch diese Aussicht schwinden; er hoffte auf das Aufbäumen für Rußland und muß heute daran glauben, daß das russische Problem in Genua vermutlich ausgeschaltet wird. Was soll nun dann noch dieser Traum? Wo sind die Pläne des deutschen Außenministers? Er hofft, weranz? Amerika zieht sich völlig zurück, Lloyd George vermag gegen die konservative Opposition nichts auszurichten. Bleibt noch Poincaré. Von ihm oder noch etwas zu erhoffen, wird selbst Rathenau nicht einfallen; denn Frankreich ist das Land, das infolge seiner geringen Industrialisierung am wenigsten von dem Fallandenbeweis Rathenaus betroffen wird. Was ist auch in der Entente heute schon die Heberzeugung ziemlich weit gediehen, daß die Reparationslasten zu hoch sind, daß wir nicht nur eine Remonnie brauchen, sondern daß die Lasten selbst ermäßigt werden sollen, und niemand kann verkennen daß der von der Finanzministerkonferenz angenommene englische Vorschlag einer Teilung der Reparationslasten in die vorläufig vorhandenen 65 Milliarden Goldmark, die etwa der Summe der internationalen Verbindungen entsprechen, und die tatsächlich zu zahlenden 45 Milliarden eine wesentliche Erleichterung der Gesamtlast bedeuten. Praktisch aber ist diese Erleichterung nichts, weil sie lediglich die uns heute noch vollkommen fern liegende Schuld betrifft, an deren Bezahlung so wie so noch niemand denken konnte. Es bleibt noch immer die wahnwitzige Summe von 45 Milliarden Goldmark, die, teils durch Zahlungen, teils, da die Entente Geld braucht, durch den oben erwähnten Plan einer riesigen Anleihe sofort flüssig gemacht werden

Die Not der Zeitung.

Von Erwin Rosen, Hamburg.

Das Ergebnis der Konferenz der deutschen Zeitungsverleger, die in diesen Tagen in Weimar stattfand, bedeutet die denkbar schmerzliche Angelegenheit der deutschen Gegenwart. 1897 deutsche Zeitungsverleger aller Parteien und Richtungen erklärten:

Die Gefahr des Zusammenbruchs des deutschen Zeitungsverlegers droht!
Schwere Auflagen wurden erhoben gegen die Preisdiktator der Papierindustrie, gegen Preisverfall und Konkurrenzverfall. Die Zeitungsverleger forderten die Verzerrung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, und die Aufhebung und die sämtliche Unterirdung jeder Sonderbesteuerung der Presse. Ein Eingreifen der Regierung in der Papierpreistrage wurde angeregt.
Schließlich wurde der Ernst der Lage durch die Mitteilung, daß zum 1. April 1896 deutsche Zeitungen für Erscheinen einstellen müssen.

Unter allen deutschen Wirtschaftsnotizen ist die Not der Zeitung die gefährlichste. Eine Presse, die vor unerträglichen wirtschaftlichen Sorgen niedergedrückt wird, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen, die Aufgabe, das Volk vom Geschehen in unerschütterter und durch ihre Stellungnahme die öffentliche Meinung zu entscheiden anzuregen. Wert und Macht der Presse erweist beunruhigend einfacher. Derzeit sind die Zeitungen in Amerika, England und Frankreich. Aber während in Amerika, England und Frankreich die Zeitungen in unerschütterlicher Blüte stehen und ihren Einfluß auf das Weltgeschehen ausüben, als je zuvor, so ist die deutsche Zeitung zugrunde... Das Hauptübel ist ohne Zweifel die Papierpreistrage. Daran aus das Reichswirtschaftsministerium erklärt, daß die Zeitungen des Papierpreises an sich nicht außer Verhältnis zu anderen Preisbewegungen stehen, in der Weltmarktvergleichung. So ist doch wohl diesen Weimarer Fachleuten mehr zu glauben, die überhört die Anfrage des Reiches gegen die Papierindustrie erhoben haben. Ein Ansehensverlust ist festzuhalten. Eine Preissteigerung von Papier wird aber dürfte kaum das Heilmittel darstellen. Sicherer würde der Weg erweisen durch geschlossenen Zusammenhalt der deutschen Zeitungsverleger, einem Druck auf das Papiererwerb auszuüben, wenn nötig durch die Mittel des Boykotts und die Erfindung eigener Papiersorten. Was unerträglich ist die Verteilung der Presse mit allen möglichen Vorurteilen. Nur kleine bürokratische Beamte konnten diesen wahnhaften Gedanken gebären. Diese Anekdoten aber wohl bald endgiltig der Welt abgesprochen werden. Eine wichtige Rolle spielt auch die planmäßige Erhöhung der Fruchtbarkeit und des Fortschritts. Besondere Schwierigkeiten dürfte eine Vorzugsbehandlung der deutschen Zeitungen in diesen wichtigen Fragen und Leistungen wohl kaum bieten. Der kann geteilt werden.
Die wirkliche Verbindung aber kann nur durch Selbsthilfe kommen und von innen heraus, aus der deutschen Zeitung selbst. Das Zeitungsleben der deutschen Gegenwart ist höchste Not. Während erhabene Zeitungen kaum mehr, wie die Papierherstellung und es bestehen sollen, stehen die neuen Blätter, die neuen Zeitschriften und

die schmählichen Sentationsblätter wie Pilze aus Mooshohen hervor. Die deutsche Presse steht diesen widerwärtigen Sentationsblättern faß ausnahmslos mit großer Reserve gegenüber. Etwas nach dem Grundsatz: Ich will mir die Finger nicht schmutzig machen. Das ist falsch. Was klar erkennbar ist, hat die Zeitung festzuhalten. Diese Bücherrolle unauferbar ist, hat die Zeitung festzuhalten. Solche Gefährdung auf dem deutschen Papierboden müssen ausgerottet werden. Dieser Kampf ist gänzlich unpolitisch zu sein. Solche Gefährdung brauchen wir. Die Zeitung muß Stellung nehmen; denn die Not der Zeitungen kann nur gelindert werden durch die Selbstlosigkeit, der sie dient. Es ist etwas Schönes am Selbstlosigkeit und klarem Denken. Aber die Zeit ist wohlhabend geworden, da die Zeitung nicht nur in einigen Seiten die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung des Abonnementspreises zu entschuldigen sagen muß, wie es um die Zeitung steht, und klar ausführlich sagen muß, wie es um die Zeitung steht, und klar ausführlich sagen muß, wie es um die Zeitung steht. Erwägungen kaufmännischer Natur oder kaufmännischer Erwägungen sind da ganz nebensächlich. Es ist vielleicht die erste wirklichste Erscheinung in unserer bösen Zeit, daß im allgemeinen weder das deutsche Volk, noch die deutsche Zeitung das Bucherachate, die ungerichteten Preisierungen mitgemacht haben. Beide sind immer noch überhöht billigt. Die Selbstlosigkeit muß gewonnen werden für die Not der Zeitung. Das dann auch Propaganda größten Stils für die Gewinnung von Anzeigen einzusetzen, ist selbstverständlich, denn die Anzeigen ist das wirtschaftliche Lebenselixier der Zeitung. Der deutsche Kaufmann setzt auch viel zu klar, um in höherer Not die Zeitung im Stiche zu lassen, und der er seine Erfolge mitverdient. Auch hier muß die Selbstlosigkeit erfordern. Geworben! Und gemacht! Gewarnt vor den Schwindelblättern, die durch ihre widerwärtigen Anzeigen immer noch Anzeigen ergaunern und dadurch indirekt den Anzeigenverdienst der anständigen Presse schmälern.

So sind wir der Ansicht, daß der Weg aus der großen Not der deutschen Zeitung durch fruchtbares Schreien mit letzter Kraft zum deutschen Volk führen muß, das die Entscheidung zu treffen hat. Nichts kann gefundener sein, erfolgversprechender, dankbarer als solch ein großer Preisverkauf mit dem Ziel: Gewinnung der öffentlichen Meinung! In der Weltgeschichte dieser Offenbarung dürfen freilich keine Partei-süßigkeiten gelobt werden. Hier handelt es sich um einen Kampf um die deutsche Kultur, um einen Kampf, den auch das deutsche Volk früher oder später ausüben muß. Hinein also in diesen Kampf! Herbei! Darin müssen die deutschen Zeitungsverleger zusammenstehen. Sie sind nicht genug, um genau zu wissen, daß diese Panik von praktischer Arbeit begleitet sein muß. Die gewaltige Macht, die das geschlossene Zeitungserwerbtertum darstellt, wird sich in nächster Zeit um eine großartige Gestaltung des deutschen Nachrichtenwesens zu bekümmern haben. Und sie wird dafür sorgen müssen, daß in Zukunft deutsche Reichsanzeiger und deutsche Minister Mitteilungen von Wichtigkeit nicht wie bisher Monsieur Jules Souverain vom Pariser „Matin“ machen — sondern der deutschen Zeitung.

hät. Ganz abgesehen davon, wo eine Summe von mindestens 10 Milliarden Goldmark, um die es sich handelt, durch Kredit aufzubringen ist, abgesehen auch von den einschneidenden Kontroll- und Garantiehöhenmaßnahmen. Diese Reparationspläne nach diesem Plan über den beiderseits bestehenden regulären zwei-Milliarden-Geldungen noch die sicher unerschütterliche Basis und Tilgungsgrundlage der in fünf Jahren zu tilgenden Anleihe zu stellen. Eine Unmöglichkeit, über die nicht erst geschrieben zu werden braucht, die auch die Ansicht stützt, da die Reparations-Kommission im im März den Kopf verbricht über ein finanzielles Reparationsprogramm, das unter aussergewöhnlichen Bedingungen für das laufende Jahr gebildet werden soll. Was die Kommission aus nur 100 oder, wie es nach Gannes wahrscheinlich ist, 20 Millionen Goldmark ansetzen, wird werden auch nach des Reichsforschungswissenschaftlichen Kommissionsberichts diese Zahlungen nicht leisten können, weil die 10 Milliarden Reparationszahlung des Darlehens langsam wieder einem Defizit fähig gemacht haben.

Da der riesige Anstieg des Dollars — eine kurze Erklärung bedeutet für die allgemeine Weltlage par vobis — gerade in die Lage fällt, in denen die Reparationszahlungen für das Jahr 1922 festgesetzt werden sollen, erhöht, das niemand etwas von dieser Eindeutigkeit erhofft. Die Dollar-auffassung liegt ein trotz der Erkenntnis, daß die Reparationslast unerschütterlich ist, trotz der deutschen Zahlungsbereitschaft im Innern, trotz der Forderung eines Amortisationsprogramms, wie es die Vorkonferenz des Völkervertrages kennt. Ein Beweis, wie trügerisch man die deutsche Lage beurteilt. Und diese Weltmeinung lediglich auf Grund von 15 Goldmillionen Barzahlung, von denen das Reich etwa 100 Goldmillionen im Januar bereits bezahlte! Wie soll es erst werden, wenn in diesen Verhandlungen die riesigen Zahlungen des Reiches treten? 1450 Millionen Goldmark Zahlung in einem Jahre, 121 Goldmillionen oder jeden 100 Millionen Goldmark in einem Monat! Im Januar hat unsere Gesamtansatz 145 Milliarden Papiermark betragen. Nahezu die Hälfte unserer Exports werden alle unbezahlbar, vom Reich in verzögerte Zahlungen sein. Unerschütterlich die Aufsicht der Zahlungen auf unsere Ausfuhr und auf die deutsche Wirtschaft, unerschütterlich die Folgen für die deutsche Inflation und die Weltmarkt. Können wir diese Lasten abgeben, welche Wirkung die nunmehr auch auf das Beobachtete Abnehmen übertragene freien Auslandszahlungen direkt bei der Industrie ausüben müssen, bei denen nicht nur wie in Beobachteten Wiederanbauzwecke maßgebend sein sollen, sondern bei denen die enorme belästigende Inflation auf den Weltmarkt übertragene die deutsche Wirtschaft bedrohen und vom Weltmarkt abtrennen nicht nur dort betreiben kann, die die dort gefährlich sind. Das ist ein Problem, das hier nur gelöst werden kann. Die Befürchtung der Zahlungen muß fast ausschließlich sein für den deutschen Export und noch mehr für die Rohstoffe, und sie muß in demselben Maße, wie sie die deutschen Waren vom Weltmarkt vertreibt, selbst die Ausfuhr beinträchtigen, die heute noch der Außenminister bei seinem Weltlauf mit der Weltöffentlichkeit hat. Je mehr die deutsche Schuldentlastung, auf dem Weltmarkt auftritt, um so weniger werden die Entschärfungen angenommen, die Reparation auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen.

Und das deutsche Programm? Hier haben keine. Selbst die wackelnde Notstandsregierung, die Dr. Rathenau in seiner langen unerschütterlichen Reparationsredde zeigen konnte, sind getrunken, die Hoffnung auf Amerika, die Hoffnung auf Genua. Will der Minister warten, bis sein Weltlauf mit dem Dollar einträglich verläuft? Will er warten, bis die Entente ein Wiederanbauprogramm, bis sie sich eine Vermehrung der Reparationslasten aufhängen und uns durch die Vorkonferenz jedes Verfügenrecht nimmt? Die Vorkonferenz der Weltkonferenz drückt heute schon alles abnehmend auf das deutsche Volk. Sollen wir es ganz verlernen, eine aktive Tätigkeit zu erlauben? Sollen wir weiter das Sinken unserer Lebenshaltung, den ewigen Kampf um Papierlöhne bei sinkender Leistungsfähigkeit mit ansehen? Ganze Zweite des deutschen Wirtschaftslebens, wie die Presse, leben heute schon vor dem Ruin, und wie wird es, wenn wir in baldmöglichen Vändern keine Rohstoffe mehr kaufen können, wenn der Dollar auf 120 steigt und die Welt in Aufruhr gleich Ruß ist? Soll auch um diesen Preis der Weltlauf noch fortgesetzt werden, um den durch neubehende Schulden in immer neubehaltener Form veranschaulichten Punkt zu erreichen, daß das Ausland unsere Reparation nicht mehr ertragen kann? Wir müssen uns setzen auf diesem verhängnisvollen Weg. Das sollte in erster Linie der Minister einsehen, der die angebliche Katastrophenpolitik der Rechte nicht genug geäußert hat. Wir brauchen eine Ruhepause in der Erfüllung, wir müssen Atem holen. Niemals aber werden wir dahin kommen, wenn wir nicht selbst handeln. Vom unserer Bankrotterklärung am 1. Dezember, nach der wir aber müde fortzuerfahren, muß die zweite folgen, müssen wir an der Hand eines einwandfrei entlasteten Materials die Menschen unserer Leistungsfähigkeit zeigen, müssen wir mit einem klaren Willensprogramm antworten, ehe ein derartiges Willensprogramm unmöglich geworden ist. Ein klartes: Was hierher und nicht weiter! Ein vernünftiges Ausbauprogramm und nach dem Zusammenbruch der Gesamtsache ein Vordringen von der lächerlichen Forderung auf Genua in Verbindung mit einer selbstbewussten Disziplin sind die Forderungen, um die auch diese Regierung nicht herumkommt.

Ein belgischer Sozialist über die deutsche Verelendung.

Bonn, 21. März. Anlässlich des Besuchs von 25 Mitgl. d. belgischen sozialistischen Partei durch ein Studiums durch das westdeutsche Industriegebiet, veranstaltete die Sozialdemokratische Partei Köln eine Kundgebung für die Internationalen. Der Führer der belgischen Sozialdemokratischen Partei, De Man, wies darauf hin, daß er mit seinen belgischen Freunden nicht nach Deutschland gekommen sei, um Freude zu haben an dem Bild der hier herrschenden Verelendung, da das belgische wie auch das französische und englische Volk ebenfalls unter den Folgen des Krieges zu leiden hätten. Die Kriegsgewinne müssten auch den Reparationen zugewandt werden, da diese sonst von Deutschland nicht bezahlt werden könnten, und ein langfristiger Wiederaufbau müsse sofort in die Wege geleitet werden. Der Redner schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Forderung der Aenderung des Verfallens Vertrags und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes.

Wie die „D. N.A.“ mitteilt, begeben sich die sozialdemokratischen belgischen Abgeordneten Vandervelde, Gamlie, Quansmans und Delbruners am Freitag nach Berlin, wo sie mit Vertretern der Sozial-Reparations-Kommission, u. a. auch mit Abef, eine Zusammenkunft haben werden.

Englisch-französische Einigung über Angola.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 21. März. Ueber den Angola-Vertrag, nämlich über den englisch-französischen Konflikt, der aus dem Vorgesand entsprang, daß Frankreich ohne Wissen Englands mit dem Kameleiten von Angola einen Vertrag abschloß, hat man sich nach französischer Meldung geeinigt. Frankreich gibt an, daß es nach dem im Jahre 1914 zwischen den Alliierten abgeschlossenen Abkommen nicht das Recht hatte, einen Sondervertrag abzuschließen. In England ist infolge der Besprechungen, die Lord Curzon in London mit dem Führer der beiden türkischen Regierungen von Konstantinopel und Angola hatte, eine Schwankung zugunsten einer Revision des Vertrags von Capres eingetreten. Das erhe, was die Konferenz morgen unternehmen wird, ist, daß sie auf die Einstellung der türkisch-griechischen Feindschaft drängen und einen sofortigen Waffenstillstand nachschlagen wird.

Annahme der Vermögenssteuer im Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. März. Vor Eintritt in die Weiterberatung des Vermögenssteuergesetzes wurde auf eine sozialistische Beschwerde, daß noch immer

Verkaufsmärkten mit dem Bild des Kaisers verkauft würden, regierungsideologisch erwidert, daß Ende 1921 noch 15 Millionen Marken im Werte von 5 ML. die das Bildnis des früheren Kaisers trügen, vorhanden waren. Infolge der hohen Beschleunigungskosten seien diese Reichsmark ausgebracht werden. Schon seit Dezember 1921 sind sie nicht mehr an den Schalter verkauft worden. Jetzt seien sie nahezu ausgebraut.

Die Abstimmung über die zum § 16 des Vermögenssteuergesetzes

eingebrauchten Anträge wurde zunächst zurückgestellt. Abg. Dr. Oetz (linabh. Soz.) beantragte zum § 22, nach dem der Aufschlag zur Vermögenssteuer jährlich für die natürlichen Personen von den ersten 50000 ML. ein Prozent beträgt und bis zu 100 Prozent zu erhöhen und die Steuer bis auf 800 Prozent steigen zu lassen. — Abg. Dr. Pfeiffer (D.M.) beantragte diesen Antrag. — Abg. Oßkett (L.M.) forderte ebenfalls eine weitestgehende Erhöhung der Zuschläge. — Abg. Dr. Pfeiffer (D.M.): Man muß die Steuer nicht zum Vermögen, sondern zum Einkommen in das Verhältnis setzen. Ein Millionär von heute gleich einem Mann, der früher 50000 Goldmark hatte. Der Redner beantragte, daß dem Aufschlag zur Vermögenssteuer nicht unterliegen sollen: Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe, Industrieobligationen und andere steuerbefreiende auf deutsche Währung lautende Wertpapiere sowie auf deutsche Währung lautende Hypotheken, soweit diese Wertpapiere und Hypotheken sich seit dem 30. 6. 1919 unangetastet im Besitze des Steuerpflichtigen befinden haben. Der Regierungsvertreter erhob gegen diesen Antrag Bedenken.

In den folgenden Abstimmungen wurde beim § 16 (Wertermittlung) beschlossen, daß für die Zeit der Erhebung des Zuschlages die Reichsabgabenordnung mit der Maßgabe Anwendung findet, daß bei Ermittlung des Ertrages, insbesondere auch der Ertrag der letzten drei Jahre berücksichtigt wird. Im übrigen wurde § 16 in der Ausbittelfassung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22, die die Tarife enthalten.

Der Rest des Gesetzes wurde ebenfalls in der Ausschlußfassung angenommen. Angenommen wurde auch eine Entschleunigung des Ausschusses, die eine Vorlage fordert, durch die für die Einkommensteuer sowie für das Erbschaftsteuergesetz diejenigen Aenderungen vorgeschlagen werden, die durch die Markenerwertung notwendig sind. Es soll weiter erwogen werden, ob nicht eine Einheitsbewertung des öffentlichen und landlichen Grundbesitzes zu Steuer- und nebenbei auch zu Beleihungszwecken erreicht werden kann. Unterhandelt werden soll das Problem der Schaffung einer stabilen Wertmessenheit für das ganze Wirtschaftsleben.

Zobann folgt die

zweite Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Der Vermögenszuwachs soll gleichzeitig mit der Festsetzung des Vermögenswertes für die Vermögenssteuer ermittelt werden in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis zum 31. Dezember 1925. Zum ersten Mal von dem entstandenen Vermögenszuwachs, später in Zeitabständen von drei zu drei Jahren für den in den vorangegangenen drei Kalenderjahren entstandenen Zuwachs. Die Steuer beträgt für die ersten 200000 ML. 1 Prozent und steigt bis auf 10 Prozent. Bei Berechnung der Steuer bleibt ein Vermögenszuwachs, der länger als 12 Jahre zurückliegt, außer Anlag. Der Vermögenszuwachs ist nur dann steuerpflichtig, wenn der Betrag von 100000 ML. übersteigt. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Einkommen mehr als 200000 ML. beträgt. Das Gesetz wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Es folgt das Gesetz über eine

Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Der Ausschuss hat beantragt, den ganzen Entwurf abzugeben. Kommunistische und unabhängige Redner traten dafür ein, dem Entwurf Gesetzeskraft zu verleißen. Zu lebhaften

Reaktionen kam es, als der Kommunist Koenen in seinen Ausführungen das zur Debatte stehende Gesetz befeuerte ließ und auf den Fall des Abg. Marx einging, der es gegen unter-

nommen hatte, nicht nur seinen, sondern auch den Namen seines kommunalistischen Fraktionskollegen Fries in die vor dem Plenarrat ausliegende Anwesenheitsliste der Abgeordneten einzutragen, um damit dem abmeldeenden Parteifreunde das Tagegeld von 100 ML. zu retten. Als der Redner dann auch Anschuldigungen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Herms richtete, ergriff dieser das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er sich gegen die in der Debatte über die Vermögenssteuer wüthende, die nachgerade auf gewisser Seite zu einem Werkzeug der Besämpfung des politischen Gegners geworden zu sein schien. In wüthenden Zusammenhängen hatte sich die allgemeine Kurve des Ganges, als der unabhängige Dr. Oetz die von dem Kommunisten Koenen erbobenen Vorwürfe gegen Minister Dr. Herms zu bemerken versuchte. Nur schwer gelang es dem Vizepräsidenten. Der Herr Herr zu werden und die tatsächlichen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. — In der Abstimmung wurde das Nachkriegsgewinnsteuergesetz darauf, entsprechend dem Vorschlage des Ausschusses, abgelehnt.

Es folgte die zweite Beratung des

Körperschaftsteuergesetzes. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen von der Körperschaftsteuer befreit sein die Reichsbank, die Reichsdarlehnsanstalt, die Staatsbanken, die öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen, sofern sie sich auf die Pflege des eigentlichen Sparkassenverkehrs beschränken, sowie die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründeten und geleiteten gemeinnützigen Kreditanstalten. Abgelehnt wurde ein deutschnationaler Antrag, die Privatnotenbanken binanzuzulassen. — Im wesentlichen wurde das Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Beim Kapitel Verkebrtssteuerertrag beantragte Abg. Dr. Oetz (linabh. Soz.) Vertagung, da die Beratung des Gesetzes nur auf Kosten der Gründlichkeit erfolgen könnte. — Abg. Müller-Franken (Soz.) unterstützte den Antrag. — Vizepräsident Dr. Pfeiffer: Die Arbeitslast des Hauses scheint ja heute nicht sehr stark zu sein.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberatung auf morgen.

Die Kleine Entente unter englischer Finanzkontrolle.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 21. März. In hiesigen politischen Kreisen wird angenommen, daß Poincaré persönlich an den ersten Sitzungen von Genua teilnehmen wird. Ein endgültiger Beschluß wird darüber erst nach der Sachverständigenkonferenz gefaßt werden, wie überhaupt die Stellung in Genua weitgehend durch den Verlauf der Londoner Verhandlungen beeinflusst werden wird. Für die hier augenblicklich vorherrschende Auffassung ist die Aenderung des „Temps“ bezeichnend, nach der die Konferenz sehr weniger nach einer Vernehmung zur Wiederherstellung von Friedensverhältnissen als nach einer allgemeinen Schlacht, in der jeder seine Freiheit und die seiner Freunde verteidigen muß, aussieht. Das Blatt begründet diese Auffassung durch den Hinweis auf einen scheinbar von englischer Seite ausgearbeiteten Plan, der eine Unterwerfung Polens, Rumaniens, Jugoslawiens und, mit gewissen Vorbehalten, auch der Tschechoslowakei von der Annahme einer Verbändetenkontrolle, besonders für die Steuererhebung und die Eisenbahnbetriebe, abhängig machen soll. Nach dem „Temps“ ist die Schaffung einer Klasse von Kontrollstaaten für Frankreich unannehmbar. Das Blatt hofft, die Enthüllung des Planes werde genügen, um ihn reich wieder verschwinden zu lassen.

Eine feste Mauer zwischen Deutschland und Rußland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) London, 21. März. Wenn eine Warschauer Meinung zutreffend ist, hat die in Warschau (oben) beabsichtigten Erkaaten-Konferenz den von Polen beabsichtigten Drang nach dem Osten einzudämmen, wie das Organ der „Solidarität“-Partei, der „Nowotnik“, das Ergebnis der Konferenz mit Genugtuung kennzeichnet. Die Konferenz habe politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt. Man sei bekürrt, daß Interesse der baltischen Staaten gegenüber dem Osten und Westen sicherzustellen. Österreich, das Sprungbrett Deutschlands nach dem europäischen-asiatischen Osten, bei einem geschlossenen Wall gegenüber. Eine feste Mauer zwischen Deutschland und Rußland errichtet worden.

Seite 3

Bredert Nachrichten
Mittwoch, 21. März 1922

Br. 138

Kal der Kaiser den Krieg gewollt?

Von unseren Feinden behauptet sich ganz besonders Frankreich, im Ausland den Glauben an die deutsche Kriegsschuld wach zu erhalten. Es ist daher jeder Versuch zu begrüßen, nicht nur das deutsche Volk, sondern auch das Ausland über die wahren Kriegstreibler aufzuklären. Der Deutsche Reichs-Bund, e. V., e. B., e. S., e. H. Hamburg, hat im Auftrag der Hamburger vaterländischen Verbände eine Kampfschrift gegen die Kriegsschuldfrage herausgegeben, die in packender Form eine ganze Reihe von aufklärenden Tatsachen bringt. Die Kampfschrift ist kostenlos vom Reichs-Bund (Ausgabe: Hamburg 28) zu beziehen und bezieht jedem Brief beizulegen, ohne daß die Postgrenze überschritten wird. Erfreulich wirken die Vorbereitungen, die in der Kampfschrift erhoben werden. Wichtig sind folgende Kenntnisse für den Friedenswillen des Kaisers:

Der belgische Gesandte in Berlin schrieb am 30. November 1912:

„Es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser, der Kaiser und der Staatssekretär des Auswärtigen Lebensschicksale Andäuger des Friedens sind.“

Die englische Zeitung „Daily Telegraph“ schrieb 1913 zum Regierungsjubiläum des Kaisers:

„Wir haben die sehr liebreuige, daß der deutsche Kaiser seinen jungen Enkel für zwei Ziele einsetzt, für die Ruhe Europas und für freundschaftliche Beziehungen zu England.“

Aus gleichem Anlaß schrieb das französische „Journal“:

„Wilhelm II. hat es verstanden, den Frieden Europas zu wahren. Er hat auch für sein Reich Erfolge immer nur erzielen wollen durch friedliche wirtschaftliche Politik.“

Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, hat folgendes enthüllt:

„Als ich im Mai 1914 in Potsdam eine Unterredung des Obersten Hauses mit dem Kaiser aufgebracht hatte, da geschah es, daß der Kaiser ein Bündnis zur Erhaltung des Friedens vorschlug, das sich aus Frankreich, England, Amerika und Deutschland zusammenschließen sollte. So liegt man sich in Berlin in Sicherheit. Das pflegen Staatsmänner, die auf den Krieg brennen, nicht zu tun.“

Es ist notwendig, daß solche Zeugnisse den Völkern der Erde in Erinnerung gebracht werden. Möchte jeder Vater mitteilen, die Kampfschrift, die je nach den zur Verfügung stehenden Mitteln in allen Welt Sprachen herausgegeben werden soll, im deutschen Volk und in der Welt verbreiten zu helfen.

3,5 Milliarden Einkommensverlust durch den Achtstundentag.

Stuttgart, 21. März. Im Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart hat der Enkidid der Handelskammer Württemberg (Westf.) Dr. Hoffmann eine Studie erscheinen lassen: „Arbeitsdauer und gewerbliche Produktion Deutschlands nach dem Weltkrieg“, in der er den Versuch macht, an Hand der Erfahrungen im In- und Ausland und unter Zuhilfenahme unserer Friedensbestandes an Arbeitskräfte einen Schätzwert für den Einkommensverlust durch die Arbeitszeitverkürzung infolge Einführung des Achtstundentages anzustellen. Dr. Hoffmann schließt seine Berechnung mit einer jährlichen Gesamtverlustziffer für das Volkseinkommen durch den Achtstundentag in der Höhe von 3,5 Milliarden Goldmark. Dieser Betrag stellt etwa 8 bis 9 Prozent des deutschen Volkseinkommens vor dem Kriege dar.

Beibehaltung der Getreideumlage?

Berlin, 21. März. Bei der heutigen Besprechung der Ernährungsminister der Bundesstaaten handelte es sich in der Hauptsache um die Frage der Beibehaltung der Getreideumlage. Es soll darüber beschlossen werden, ob und in welchem Umfang der Landwirtschaft weiter die Abfertigung einer gewissen Getreidemenge zu festgesetzten Preisen auferlegt werden muß. Den Vorsitz in den heutigen Verhandlungen führte Staatssekretär Duder als Vertreter des noch nicht ernannten Reichsernährungsministers.

Fortsetzung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen?

Wagner Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten. Berlin, 21. März. Wie wir erfahren, kommt Wabell anlässlich der Tagung der dritten Internationales nach Berlin. Aus diesem Grunde erwartet man, daß er auch gleichzeitig die mit der deutschen Regierung eingeleiteten Verhandlungen über ein deutsch-russisches Wirtschafts-Abkommen fortsetzen wird.

Große Aussperrungen in Bayern.

München, 21. März. Da die Aufforderung der bayrischen Metallindustriellen an ihre Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit in den betroffenen Gebieten abgelehnt wurde, erließ der Verband Bayerischer Metallindustrieller eine Erklärung, in der er mitteilt, daß heute in ganz Bayern in sämtlichen Metallindustriebetrieben auch die Arbeiter der noch nicht betroffenen Mitgliedsbetriebe ausgesperrt werden. Die Aussperrung wird einige 100 000 Arbeiter umfassen.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden: Theater-Spielplan für heute: Opernhaus: „Die verkaufte Braut“ (1/2); Schauspielhaus: „Das Opfer“ (7); Neukädner Schauspielhaus: „Im weißen Röck“ (1/2); Residenz-Theater: „Die Königin der Nacht“ (1/2); Central-Theater: „Die Derschlöndel“ (1/2).

† Personalnotizen. Heute, Mittwoch, 19 Uhr, im Säuerhaus, Acker-Wald von Holbe Wagner-Schmerz. Im Palmengarten Konzert mit 1 Klavieren von Louis und Suzanne He. Am Vögelsang Gesellschaftliche Kasse.

† Kunstausstellung Emil Hüner. Heute, Mittwoch, vormittags 11 Uhr, Eröffnung der Sonderausstellung von Peter Kuntz Witzel: Gemälde, Zeichnungen, Graphik.

† Sächsisches Landesbühne. Zu den Ausführungen über den Ausbau der wandernden „Königlichen Bühnen“ des Sächsischen Künstlerhilfsbundes zu einer „Sächsischen Landesbühne“ (siehe Nummer 134 der „Dresdner Nachrichten“) erfahren wir, daß die konstituierende Versammlung der „Sächsischen Landesbühne“ im Mai nach Dresden einberufen wird, und daß das Unternehmen, zu dessen Weiter Maximus Hens verpflichtet wurde, am 1. Juli 1922 ins Leben treten soll. Damit die Vorstellungen der „S. L.“ bzw. der „S. L.“ keine Unterbrechung erleiden und die enggültige Konstituierung der „S. L.“ erfolgen kann, werden die Städte gebeten, ihren Beitritt spätestens bis zum 26. April 1922 zu erklären und bis dahin in ihrem Beitrag möglichst viele Förderer für das gemeinnützige Unternehmen zu werden, daß dem ganzen Lande, und zwar allen Kreisen und allen Gesellschaftsklassen, in gleichem Maße zugute kommt. Wenn die Gründersätze darauf Anspruch machen, bestimmt in den Statuten der „S. L.“ für die Spielzeit 1922/23 aufgenommen zu werden, müssen die Bestimmungen der Gründungsstatuten bis zum 1. Mai 1922 beim Geschäftsführer des S. L. H. V. Vorstand Otto Schambach, Dresden-Blasewitz, Postamtstraße 9, eingegangen sein.

† Gesellschaft für Altertumswissenschaft. In der Sitzung der Archäologischen Abteilung am 22. Februar sprach Dr. Zoeggw. Rantke, Kupfer am Reichlichen Kupfermuseum, über die Darstellung antiker Stoffe in der deutschen Graphik der Spätgotik und Renaissance. In mehr oder weniger vorliegenden Unternehmungen hat die Kenntnis vom Altertum, die Tradition von den kulturellen Großtaten der Antike durch die Jahrhunderte der altchristlichen und frühmittelalterlichen Entwicklung weitergewirkt. Die Darstellung antiker Stoffe tritt zuerst in der Holzschnittdruck, und zwar erst geraume Zeit nach ihrer Entstehung auf. Anlaß dazu gibt der Brauch, gedruckte Bücher mit Holzschnitten

Veriliches und Sächsisches.

Zum Verkauf des Alten Rathhauses.

Zum Erweiterungsbau der „Ade“?

Dresdens Stadtverwaltung braucht Geld, das ist eine zu bekannte Tatsache, als daß man darüber viel Worte verlieren müßte. Das Neue Rathaus genügt schon seit Jahren nicht mehr dem Raumbedürfnis der sich ständig erweiternden neugegründeten Amtsstellen, so daß der umfangreiche städtische Verwaltungsbauapparat zurzeit fast dezentralisiert ist. Diesem auch dem Volke offensichtlichen Mangel soll nun der schicksalhafte Monumentalbau eines neuen Stadthauses an der Theaterstraße hinter dem Schauspielhaus abhelfen. Ein Bild sowie die Einzelheiten dieses Neubaus, in dem man fast ein Tausend städtischer Verwaltungsbüros, darunter auch die gesamte Straßenbahndirektion aus dem Alten Rathaus, unterbringen will, haben wir vor wenigen Tagen veröffentlicht. Die Gesamtkosten dieses Stadthauses sind auf 18 Millionen Mark errechnet worden, eine Summe, die man bei der unentwegt fortschreitenden Selbstverwertung in einem halben Jahre vielleicht wird verdoppeln müssen.

Angesichts der wüßlichen Finanzlage ist der Rat an dem Entschlusse gefestigt, das durch den Neubau freizumachende Alte Rathaus zu verkaufen und den Erlös zur Deckung der Kosten für das neue Stadthaus heranzuziehen.

Vor kurzem ging nun eine Später aus vom Rate benötigte Notiz durch die Presse, wonach als Käufer des Alten Rathauses eine bekannte Dresdner Großhandlung in Betracht kommt. Wie wir hieran aus zuverlässiger Quelle erfahren, handelt es sich um die A. L. G. eine Deutsche Credit-Anstalt, die ja in unmittelbarer Nähe, nur durch die Schloßstraße getrennt, ihr Geschäftshaus besitzt. Der Rat hatte in einer offiziellen Verhandlung an die Presse durchzulaufen lassen, daß der Kaufpreis für das Alte Rathaus außerordentlich hoch sein würde. Wenn trotzdem die „Ade“ an dem Erwerb des historischen Grundstückes festhält, so ist dabei zu bedenken, daß sie immer noch um ein Vielfaches billiger dabei fährt, als wenn sie ihre Hauptlinie am Georgplatz in die Wirklichkeit umsetzt. Man wird sich erinnern, daß unter Erwein und Poelzig ein großzügiges Projekt zur Ausgestaltung des Neuen Rathauses ausgearbeitet worden war. Hier hätte man auf dem Häuserblock zwischen Gewandhausstraße, Georgplatz und Ringstraße ein ganzes Häuserviertel für einen neuen Bankplatz der „Ade“ vorgesehen. Dieses Projekt zu verwirklichen, würde nach überschätzter Schätzung zurzeit 80 bis 100 Millionen Mark erfordern. Denn es müßten erst die drei großen Häuser, die bis unter das Dach bewohnt sind, weggerissen werden, ehe man an den Neubau herangehen könnte. Und ob das Wohnhaus am dem Rat an ein Unterfunktorium seine Genehmigung dazu erteilt hätte, wäre auch sehr fraglich gewesen. Erwirbt die „Ade“ das Rathaus am Altmarkt, so gelangt sie sofort in den Besitz des langereichten Erweiterungsbau, der noch dazu den nicht zu unterschätzenden Vorteil aufweist, daß er sich in unmittelbarer Nähe des Stadthauses befindet. Eine Ueberbrückung der Schloßstraße etwa nach Art der venezianischen Fensterbrücke könnte in dieser Weise die Verbindung zwischen den beiden Gebäuden bewerkstelligen. Zum anderen wird durch den Übergang des Rathauses an die Bank einer weiteren Befestigung des Wohnungsmarktes vorgebeugt.

Somit könnte man sich mit dem Pläne des Rates einverstanden erklären. Immerhin kann das erste Bedenken nicht von der Hand gewiesen werden, daß heute ein Grundstücksbesitzer nicht ohne zwingende Not sein Eigentum aufzulassen, um es sich um einen seiner Tage, Größe und Kulturgeschichtlichen Veranlassung zu verwirklichen. Wie bei dem kassischen Paradoxum des Alten Rathauses, die Gelegenheit, sich mitten im Herzen der Stadt anzusiedeln, wird dem Rate so bald nicht wieder geboten werden, und er muß sich darüber klar sein, daß er ein Stück mit Dresden verliert. Es handelt sich hier um ein Versteck der Stadt, das einfach unerlässlich ist.

Sollte sich der Verkauf trotz alledem nicht vermeiden lassen, so müßte unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß das äußere Bild des Rathauses auch nicht um ein Zupfeln verändert wird. Der Rat hat zwar in dieser Hinsicht beruhigende Zusagen gemacht, es scheint uns doch aber im Hinblick auf frühere Erfahrungen angebracht, schon heute das Vorgehen für Denkmalpflege und den Landesverein Sächsischer Heimatbau auf die Einleitung dieser Verhandlungen hinzuweisen. Vor allem müßten wir der Erhaltung der bisherigen Fäden im Alten Rathaus das Wort reden, denn gerade sie legen sich in ihrer Mannigfaltigkeit in das Stadtbild am Altmarkt so reizvoll ein, was man von der einseitigen Gleichheit der Geschäftshäuser einer Bank nicht verlangen können. Dabei sei noch vollständig abgesehen davon, daß es sich hier um alle angehenden Unternehmen handeln würden.

† Friedrich Alois Alsbil in Darmstadt. Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Es darf als ein Verdienst und zwar als künstlerisch bedeutsames Verdienst unseres Oberregisseurs Joseph Schindler angesehen werden, daß er dem sympathischen Werk Alois Alsbils seinen Verfall. Friedrich Alois wies 1908 mit diesem Werk neue Entwürfmöglichkeiten der deutschen Märchenoper. Die Komposition ist eng der Dichtung Hugo Hoffmanns angelehnt, der den Stoff des bekannten deutschen Märchens vom Hühner und seiner Frau Alsbil behandelt, die durch einen ihrem Mann ins Netz gegangenen Meisenwief alle Reichtümer der Erde erhält, bis ihr maßloser Ehrgeiz Wohlstand verlornt und alles wieder in Nichts verflüchtigt. Daß das Werk sich nicht lange auf den deutschen Bühnen hielt, trotz Anerkennung seiner hohen künstlerischen Qualitäten, lag im Wesentlichen an den großen technischen Schwierigkeiten. Die Handlung spielt in einem Anzuge und verlangt fünfmaligen Szenenwechsel bei offenem Vorhang, durch Bühnenbauwerk als in wenigen Stunden. Joseph Schindler hat das Kunststück glänzend gelöst. Allein die vier Strophen, in denen der Welt Bewahrung verheißt, wurden bei derbunterter Szene gesungen, dann stand das neue Bild vollendet und schön da. Dabei waren es durchweg Bilder von starkem Ausdruck, die jeweils auch die Bewegung eines großen Statuenapparates erforderten. Das Publikum nahm das Werk mit großer Begeisterung auf.

† Der Wiener Männergesangsverein unternimmt im Mai eine Konzertreise nach Deutschland. Die Fahrt geht über Salzburg nach München, wo ein dreitägiger Aufenthalt vorgesehen ist, von da über Leipzig nach Berlin. Ueber einen Aufnahmestandort in Frankfurt a. M. ist noch nichts entschieden. Der Wiener Männergesangsverein ist während seines Berliner Aufenthalts auch bei einer Aufführung der „Medermaus“ in der Staatsoper mitwirkend. Die Abreise erfolgt über Dresden und Posen.

† Gildbrands Brunnen, eine monumentale Brunnenanlage mit dem Vater Rhein in der Mitte und Rheinhörnern zu Seiten, soll jetzt in Berlin am Kaiser-Wilhelm-Ring aufgestellt werden. Er wird hier, ähnlich wie Gildbrands Mittelbader Brunnen in München, inmitten von Anlagen stehen.

† Die internationale Sanitätskonferenz in Warschau ist von 24 Ländern besetzt, die ein Interesse daran haben, gemeinsam Abwehrmaßnahmen gegen die Einschleppung der durch die Nachwanderer aus Russland mitgebrachten Epidemien nach Mittel- und Osteuropa zu treffen. Deutscherseits sind Direktor Fres vom Reichsgesundheitsamt und Prof. Otto amwesend.

Deutschnationale Volkspartei.

Der Wahlkreisparteiung Orlaschen der Deutschnationalen Volkspartei in Koblenz, der wegen des Einberufungstermines verloben und auf den 31. März und 1. April verlegt werden mußte, wird am Freitag, den 31. März, nachm. 8 Uhr, im „Reitner Hof“ mit einer Tagung deutschnationaler Mitglieder und Lehrer eingeleitet. (Tagungsordnung: Die deutsche Oberstufe; Die neue Kirchenordnung; Die Gehälter der Geistlichen; 10 Uhr abends folgt im Gasthof „Kamm“ eine nationale Jugendfeier von Bismarcks Geburtstag. — Am Sonnabend, den 1. April, findet am 11 Uhr im „Kamm“ eine parlamentarische Tagung statt, an der der Wahlkreisverband im Namen des Wahlkreises Orlaschen mit einem beschränkten Kreis von Teilnehmern geladen hat in der Absicht, den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, in vertraulichen Kreise über ihre Tätigkeit und ihre Erfahrungen mit den führenden Persönlichkeiten der örtlichen Verbände dieser Partei auszusprechen. Es sprechen u. a. Dr. Reichert, M. d. R., Kommerzienrat Hofmann, M. d. R., Frau Wiltmann, M. d. R., Obermeister Kunz, M. d. R., Kaufmann Jäger, M. d. R. Nachmittags 3 Uhr ist im „Reitner Hof“ eine Sonderberatung der deutschnationalen Frauen im Beisein von Frau Wiltmann, M. d. R., über „Einlaß aus dem Landtag“, Schulfragen, Mädchenhandel, Berufs- und Vaterländertum der Frau, und nachmittags 5 Uhr im „Kamm“ die öffentliche Hauptversammlung. Die Abgeordneten Dr. Reichert, Dr. W. Schmidt und Oekonomierat Schmidt werden die Arbeitsergebnisse des Reichstages, Reichswirtschaftsrates und des Sächsischen Landtages behandeln. Die Tagung schließt mit einem 8 Uhr abends im „Kamm“ beginnenden öffentlichen Kommerz als Bismarckfeier.

Die Not des Zeitungsgewerbes. Der von uns bereits erwähnte Antrag der Unabhängigen zur Not der Zeitungen, der am Donnerstag im Landtag behandelt wird, hat folgenden Wortlaut: „Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß 1. die Verfertigung der Tageszeitungen mit Druckpapier zu unermessenen Preisen überhöht wird; 2. die ungenügende Bekämpfung des Zeitungsgewerbes beseitigt wird.“

Kirchensuch von Lehrern und Schülern am Vahle. In der letzten Stadivordnungsung war ein Antrag des Lehrers Schrapel (Komm.) zur Annahme gelangt, der sich gegen den Kirchensuch der Schulkindern am Vahle richtete. Hierzu sendet uns der Sächsische Erzieherbund folgende Erklärung:

„Aus Rücksicht auf Beruf und Stand behauert der Sächsische Erzieherbund lebhaft, daß die Wahrung in dem Vorgehen gegen die Teilnahme von Lehrkräften, Schülern und Schülermutter an der diesjährigen Vahlsfeier ein Verbrechen übernommen hat und daß der Antragsteller Verantwortung über die beabsichtigten Gemeindefragen an die Lehrerschaft zu stellen, die sich aus dem Verfall seines Antrages ergeben. Wie läßt sich eine solche Betrugung mit 1/2 des Reichsverfassung vereinbaren, der volle Gemeindefreihalt gemäßigter?“

Keine Vertretung des Obstbaues in der Landwirtschaftskammer. In der Vorlage der Regierung, den Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes für Sachsen betreffend, hat leider der Obstbau nicht die ihm gebührende Beachtung gefunden. Eine Eingabe des Sächsischen Landesobst- und Weinbauvereins an das Reichslandwirtschaftsministerium, dem Obstbau Abordnungsberechtigt einzuräumen, hat keine Berücksichtigung gefunden, da dies nach Ansicht der Regierung mit dem Gebotenen der Kammer nicht vereinbar war. In den Kreisen der sächsischen Obstbauern hat diese Stellungnahme der Regierung große Beunruhigung und Sorge hervorgerufen. Liegt doch die Förderung des Obstbaues ganz besonders im Interesse der Allgemeinheit. Der Vorstand des Sächsischen Landesobst- und Weinbauvereins hat sich daher entschlossen, eine Eingabe an den Landtag zu richten, mit der Bitte, der Landtag wolle beschließen, daß der Sächsische Landesobst- und Weinbauverein durch mindestens zwei Abgeordnete in der Landwirtschaftskammer vertreten werde, die vom Vorstande des Landesobst- und Weinbauvereins zu wählen sein würden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Volksvertreter im Interesse der Allgemeinheit den Wünschen der sächsischen Obstbauern entgegenkämen, indem sie dem Landtag die Besetzung des Obstbaues, der auch in Sachsen eine sehr große volkswirtschaftliche Bedeutung hat.

Gewerbetreiben. Statt des angekündigten Vortrages über Argentinien, zu dem die Nichtmitglieder nicht eingeladen waren, hat am Montag der Vorhangsgerichtende H. W. Bode (Rathshaus) einen fesselnden Vortragsvortrag über: „Das heutige Ägypten, Englands Dyer“, Ägypten, in vorzüglicher Weise durch die Sächsischen und auch durch

gezeichnete Kulturland der Pharaonen, im Mittelalter die Städte vollkommener Märchenbauern im Sinne von...

— Ehrenmal der 179. Ten im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des ehemaligen sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 179...

— Sächsische Prinzen beim Papste. Die H. H. A. und Rom meldet, wurden am Dienstag Prinz Georg, Prinz Friedrich Christian, sowie Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen vom Papst empfangen.

— Christlicher Gesamtverband Dresdner Volksschulen. Die Bezirksgruppe I der christlichen Elternvereine...

— Der Kreisverband Dresden des Mademischen Hilfsbundes hielt kürzlich unter dem Vorsitz des Oben...

— Die Gruppe XXI der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet am Mittwoch, den 2. März, abends 7 Uhr...

— Die Dresdner Photographische Gesellschaft hat in einem Bilderwettbewerb und einer damit im Zusammenhang...

— Gründung eines Saalbauvereins. Donnerstag, den 28. März, mittags 12 Uhr findet im Hotel Drei Löwen...

— Der H. Gesamtverband der Dresdner Stadtmission findet nächsten Freitag 18 Uhr im großen Saal des Vereinshauses...

— Der Elternbund für Knabenmusik veranstaltet Sonntag, den 26. 3., seinen ersten Frühjahrsausflug nach der Rebstockhütte...

— Antireligiös. Heute Mittwoch 8 Uhr im Konzerthaus Reichbühnenstraße Vortrag des Volkswirtschaftlers Dr. Baither...

— Kompetitibodensport. Zum Zwecke der Bodenreform bedient die moderne Landwirtschaft sich der sehr leistungsfähigen...

— Staatsbahndirektion Dresden. Die öffentliche Ausschreibung der Schlierarbeiten findet am 28. und 29. März...

— Auf dem Gelände der ehemaligen Sambrinuss-Franzerei in der Völkner Straße 64/66 soll in den nächsten Tagen...

— Fleischnachrichten. Heute Mittwoch, heisst der Sekretär Arthur Bräuer...

— Sächsische Nachrichten. Während der Saisonzeit finden in der Zeitungsdruckerei...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

— Sächsischer Arbeiterbund. Der Sächsischer Arbeiterbund hat am Sonntag, den 27. März...

Vertical text on the far right edge of the page, likely a continuation of text from another page or a list of names.

Advertisement for 'Liköre Steigerwald' featuring a portrait of a man and the text 'J. Steigerwald & Comp. Heilbronn a.N. Fabrik feiner Liköre - Geschäftsbegründung 1859'.

Börsen- und Handelsteil.

Banker Bank. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner Sitzung vom 21. d. M., der auf den 27. April einberufenen ordentlichen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 % (10 % vorabzulegen).

Schleier Papierfabrik Aktien-Gesellschaft, Weidenau (Sachsen). In der gestern unter Vorsitz des Herrn Rentners Arthur Petrus und in Gegenwart von 15 Aktionären mit 7905 Stimmen abgehaltenen 34. ordentlichen Hauptversammlung wurde in glatter Erledigung der Regularien die sofort bei der Commerz- und Privat-Bank Filiale Dresden zahlbare Dividende auf 15 % für die Stammaktien und 6 % für die Vorzugsaktien festgesetzt. Ferner erob die Versammlung den Vorstoß der Verwertung des Grundkapitals um 8 1/2 Millionen Mark, bestehend in 8 Millionen Mark Stammaktien und 500.000 M. 6 %ige Vorzugsaktien mit persönlichem Stimmrecht auf 17 Millionen Mark zu erhöhen, einstimmig zum Beschluß. Die neuen Stammaktien, die für das Geschäftsjahr 1922 dividendenberechtigt sind, werden an die Commerz- und Privat-Bank Filiale Dresden mit der Maßgabe begeben, den Stammaktionären hierauf ein **Vorzugsrecht** im Verhältnis von 3 : 2 zum Rathe von 100 % einzuräumen. Die Versammlung sah sich außerdem auf Antrag des Vorstands, die Firma um geschäftlichen Gründen in Zukunft in **Weidenauer Papierfabrik Aktien-Gesellschaft, Weidenau (Sachsen)** abzuändern und erklärte sich mit den beantragten Änderungen verschiedener Paragraphen des Gesellschaftsvertrages einverstanden. Nach Mittelung des Vorstands sind beide Werke mit sämtlichen Maschinen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschliffen.

Bank für Bran-Industrie, Berlin und Dresden. Auf Grund des von der Aufsichtsratsversammlung genehmigten Projektes sind 15.000.000 M. neue Aktien der Bank zum Handel und zur Notiz an der Börse in Berlin zugelassen worden.

Die Werke Aktiengesellschaft. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 24. April d. J. einberufenen ordentlichen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 % (14 % i. V.) auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Sächsische Revision- und Treuhänder-Gesellschaft, A.-G. in Leipzig. In der heutigen Generalversammlung wurde der vorgeschlagene Abschluß genehmigt und die Verteilung einer Dividende von 10 % beschlossen.

Woritz Freier Radfahrer Aktien-Gesellschaft, Leipzig-Gohlis. Der Bericht des Vorstands beträgt der Reingewinn des Jahres 1921 nach 488.802 M. Abschreibungen 703.676 M., der wie folgt verteilt werden soll: Tantieme an Vorstand und Beamte 60.024 M., Gratifikationen und außerordentliche Unterstufungen an Angestellte und Arbeiter 75.000 M., 15 % Dividende auf 225.000 M. Tantieme an den Aufsichtsrat 57.293 M., 15 % Sonderergütung an gleich 225.000 M. und als Vortrag auf neue Rechnung 130.783 M. Die Geschäftstätigkeit des Betriebes im neuen Jahre ist gut. Es liegen Aufträge auf lange Zeit hinaus vor.

Witten-Gesellschaft für Glasfabrikation vorm. Gebrüder Hoffmann in Berndorf. Dank ihrer Anpassungsfähigkeit konnte die Gesellschaft ihren Betrieb im Berichtsjahre im bisherigen Umfange aufrecht erhalten, trotzdem die Sommermonate eine allgemeine Störung hinsichtlich des Absatzes brachten. Die im Herbst einsetzende starke Nachfrage für Export ermöglichte es sogar, einen weiteren, bisher all zu geringen Umsatz gegen Ende des Jahres in Betrieb zu nehmen. Trotz der großen Schwierigkeiten, die in Bezug auf Beschaffung der Rohmaterialien zu überwinden waren, ist das Jahr im allgemeinen ohne besondere Störungen verlaufen. Nach 170.771 M. Abschreibungen (108.000 M. i. V.) beträgt der Reingewinn einschließlich des Vortrages von 1920 600.800 M. (508.508 M. i. V.), dessen Verwendung wie folgt vorgeschlagen wird: 26.000 M. dem gesetzlichen Reservefonds (28.500 M.), 400.000 M. als 25 % Dividende auf Vorzugsaktien (wie im Vorjahr), 400 M. als 22 % Dividende auf Stammaktien (wie i. V.), 77.400 M. Vortrag auf neue Rechnung. Der Erneuerungsfonds, dem für veranschlagte Ersatzanschaffungen 350.000 M. entnommen werden werden, wurde durch Neuzusammenlegung des gleichen Betrages auf die alte Höhe gebracht. Obwohl die Gesellschaft bisher für das reguläre Geschäft über ausreichende Mittel verfügte, machen die Ausdehnung des Betriebes und die nötig werdenden größeren Ertrag- und Anschaffungen, sowie die rapid steigenden Produktionskosten und die fortwährende Entwertung des Geldes die Beschaffung neuer Betriebsmittel erforderlich. Die Verwaltung beantragt daher die Erhöhung des Grundkapitals um 2,25 Millionen Mark. Ueber die Aussichten für das neue Jahr lassen sich mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse weitergehende Angaben nicht machen. Das Unternehmen ist gegenwärtig mit Aufträgen noch für längere Zeit zu angemessenen Preisen versehen.

Schachtelfabrik vorm. Kahberg, Pfl. & Co. in Magdeburg. Die in Leipzig abgehaltene Hauptversammlung legte die Dividende für die alten Stammaktien auf 25 % und für die jungen auf 12 1/2 % fest. Ergänzend zum Geschäftsbericht wurde mitgeteilt, daß die Schmelzfabrik und die pharmazeutische Abteilung sehr gut beschliffen waren. Ueber die neuverworbenen Metallhütte wurde weiter mitgeteilt, daß sie sich außerordentlich gut rentiert habe. Die Metallhütte dient dazu, Metallabfälle nutzbringend zu extrahieren. Auch wenn widrige Verhältnisse eintreten sollten, hofft das Unternehmen, wieder mit einem guten Resultat aufzutreten zu können.

H. W. Winkelhausen & Werke Aktiengesellschaft, Magdeburg. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1921 und legte nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen die Dividende auf 20 % fest. Der Aufsichtsrat wurde nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres neu gewählt und besteht nunmehr aus den Herren: Dr. Weber, Berlin (Vors.), Fabrikbesitzer P. O. Seifert,

Stargard (bevorzugt), Fabrikbesitzer, Geschäftsinhaber Emil Wittenberg, Berlin, Bankdirektor Forster, Berlin, Alfred Hermann, Magdeburg, Generaldirektor Hubert Dülich, Wittenberg, Bankdirektor Dr. Köster, Berlin, Bankdirektor Kiemann, Magdeburg, Fabrikbesitzer Max Winkelhausen, Stargard. Es wurde die Erhöhung des Aktienkapitals auf 28 Millionen Mark durch Ausgabe von 13 Millionen Mark Stammaktien beschlossen. Ueber die derzeitige Lage des Unternehmens berichtet der Vorstand, daß der Geschäftsgang seit Abfassung des Jahresberichts ein beschleunigter gewesen und das Wertverhältnis mit Aufträgen reichlich versehen sei.

Reorganisation in der Automobilindustrie. Unter Beteiligung führender Persönlichkeiten der Niederländischer Großindustrie, sowie namhafter Automobilfabriken ist mit dem Ziel in Göttingen die Niederländischer Automobil-Gesellschaft mit einem Kapital von 4 Millionen Mark ins Leben gerufen worden, das von den Gründern abgenommen wurde. Die Aufgabe der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb neuzeitlicher Reparaturwerkstätten, der Verkauf neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge und Motorpläne, sowie wirtschaftlicher Maschinen, der Handel mit Betriebsstoffen jeder Art, sowie die Schaffung von Unterbetrieben für etwa 50 Kraftwagen in Göttingen. Der neuen Aktiengesellschaft steht der Deutsche Automobilfabriker Verein, in dem die vier Automobilfabriken Daimler, Mercedes, Benz und Maybach zusammengefaßt sind. Dem Aufsichtsrat gehören an u. a. Direktor Hüfner und Direktor Hüfner, beide von Grube Hise, Generaldirektor Bauer von der Stuttgarter Maschinenfabrik, Direktor Deng vom Deutschen Automobilfabriker.

Deutscher Metallmarktbericht vom 12. bis 18. März. (Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. B. G., Berlin S. O. 16, Halberstraße 60.) In der letzten Woche wurde der deutsche Metallmarkt vollkommen unter dem Einflusse der ersten außerordentlichen Verschlechterung unserer Währung, die Preise nahmen daher während der ganzen Woche eine ständig steigende Richtung ein; im Zusammenhang mit dem Dollarkurs haben wir am Wochenende die höchsten Notierungen. Die Umsätze sind seit einigen Tagen wieder sehr hoch, denn nicht nur der Konsum nimmt, in der Annahme, daß die Steigerung der Ende nächstjahr noch nicht erreicht hat, in größerem Maßstabe Einbußen vor; vor allem hat sich in der Berichtwoche auch im Ausland und Spezialindustriehandel eine starke Bewegung gezeigt und große Posten Ware wechselten die Besitzer. Auch die Verflechtung des Sondermetallmarktes trägt zur Debatte unserer Marktes bei. Am Kupfermarkt ist die augenblicklich bestehende größere Spannung zwischen Wire bars und Kathoden bemerkenswert. Der Zinn- und Antimonmarkt entwickelte sich normal. Blei war knapp und sehr gefragt, besonders auf die höhere Londoner Notiz hin. Am Metallmarkt wurden die Kurse ebenfalls beeinflusst; die Umsätze waren sehr hoch, das Geschäft sehr lebhaft. In manchen Metallsorten, wie u. a. Aluminiumlegierung, ist zurzeit fast kein Angebot vorhanden. Die gestiegenen Preise der letzten Woche waren unverändert bis jetzt: Elektrolytischer Wire bars 7700 bis 8250 Mark, Kathodenkupfer 90 % 7250 bis 7800 M., Reinblei 98/99 % 17.200 bis 17.700 M., Gattenaufschwamm 98/99 % 11.200 bis 11.700 Mark, Zinn, Banca oder West 16.500 bis 17.500 M., Metallzinn 20 % 8950 bis 7800 M., Gattenaufschwamm 25% bis 2600 M., Metallblei 2425 bis 2550 M., Gattenaufschwamm 2400 bis 2600 M., Hartblei, je nach Qualität, 1900 bis 2050 M., Antimon-Reinblei 2550 bis 2700 Mark, Quecksilber 37.000 bis 40.000 M., alles per 100 Kilogramm. Edelmetallepreise: Platin 600 bis 610 M., Gold 171 bis 181 M., Silber 4,55 bis 4,77 M., alles per Gramm. Gold- und Silber der Reichsbank sind im Zwangsverkaufstand vom 20. bis 23. März 900 M. Metallpreise: Kupferblech verpackt, in gewöhnlichen Quantitäten, bei feineren Sorten entsprechend höher. Zinkblech: Kupferblech 6400 bis 6800 M., Niroblech 5200 bis 5500 Mark, Gussblech 4000 bis 4300 M., Messingblech 3100 bis 3700 Mark, Kupferblech 2350 bis 2400 M., neue Blechblech 2300 bis 2400 Mark, Blechblechlegierung 2100 bis 2200 M., Kupferblech 2000 bis 2150 M., Aluminiumblech 98/99 % 8100 bis 8800 M., alles per 100 Kilogramm.

Wen den hantelischen Warenmärkten wieder ein eigener Bericht: Der Hamburger Kaffeemarkt eröffnete die letzte Berichtswochen in recht fester Haltung. Veranlassung hierzu bot in erster Reihe Brasilien, das seine Exporte wiederholt, und zwar an einzelnen Tagen bis zu 1. Schilling, erhöhte. Die Hamburger Importeure haben den brasilianischen Angeboten abseits abnehmend gegenüber, weshalb sich die Nachfrage in Abwärtsbewegung in den ersten Tagen hielten. In den letzten Tagen der Berichtswochen richteten daher die brasilianischen Abgeber vorübergehend in einer Ermüdung ihrer Vorkordungen, die indes nicht weitgehend genug war, um das Geschäft zu beleben. Nur vereinzelte kleineren Abfahrläufende. Zuletzt wurde Santos superior auf Abladung in Hamburg mit 40,50 M. das Pfund unzerzollt gehandelt, Santos goods mit 39,50 M., Primes mit 41,50 Mark, Extra Primes mit 42,50 M. Santos superior schwimmend stellte sich auf 39,50 M., Santos extra auf 40,20 M., alles das Pfund unzerzollt. Auf dem Kakaomarkt entwickelte sich ein recht lebhaftes Geschäft in verzollter Ware. Neben dem Hauptbedarf trat das Inland als umfangreicher Käufer aller Sorten auf. Die Berichte, daß in absehbarer Zeit mit einer neuen Goldzulassung zu rechnen sein dürfte, haben bei dem inländischen Konsum das Drehen aufgenommen lassen, noch vor Inkrafttreten der Goldzulassung die Lager auszufüllen. Die Vorkaufspreise für Santos goods bewegten sich zwischen 31 bis 35 M. das Pfund unzerzollt, für Santos superior zwischen 35 bis 37 M., für Primes zwischen 38 bis 40 M. und für Extra Primes zwischen 41 bis 42 M. Rio-Kaffee wurde mit 29 bis 30 M. gehandelt. Der Hamburger Kakaomarkt verlor in seiner Haltung. Von seinen das Inland wurde Vorkaufe lebhaft getrieben. Thome superior März-Versiffung wurde auf Ertrag Hand mit 56 Schilling angeboten. Accra good fermented März-Versiffung wurde auf

55 Schilling angeboten. Bahia superior Versiffung wurde auf 50 Schilling, Bahia good fair auf 44 1/2 Schilling. Auf dem Hamburger Reismarkt war das Geschäft in den ersten Tagen der Berichtswochen, namentlich mit dem Inland, sehr ruhig. Im weiteren Verlaufe nahm aber doch die Nachfrage nach Vorkaufe weithin zu, weil aus Indien auf Grund bedeutender Räte auch für Abladungsware eine sehr feste Wertstimmung gemeldet wurde. Weiter wurde gemeldet, daß die Verladungen nach Europa sehr gering seien. Darnach löste erzieht in der letzten Woche einen höchsten Stand von 18 M. das Kilogramm. Auch die Preise für Darnach schwimmende Ware, die bald in Hamburg fällig ist, liegen beträchtlich. Die Notierungen für Darnach neuer Ernte, die vom Auslande sehr fest gemeldet wurden, sind von den hiesigen Importeuren bereits bewilligt worden. Vedettes Interesse zeigte sich auch für andere Reisarten. So wurde glatter Reis zu hohen Preisen an dem Markt genommen. Der Hamburger Weizmarkt festsitzend blieb als fest, da sich von seiten des Inlandes eine recht gute Annehmlichkeit zeigte und auch die Devisenkaufe die Festigkeit am Vorkaufe förderte. Es notierte für je 1 Kilogramm: Schmalz Viehler 63 M., weißer Viehler 67 M., Vimein 10,50 M., Weichschmalz 125-135 M., Rosten 100 M., Japan-Ingwer 60 M., Kanneel je nach Beschaffenheit, 125 bis 150 M., Zimt 60 M., Kardamom 180 M., Kardamom gemahlen 185 M., Kümmel 40 M.

Wechselkurse im Freiverkehr am 21. März bis abends 6 Uhr.
(Mitgeteilt von Gebr. Arnhold in Dresden.)

Holland (100 Gulden)	10 825.	Dänemark (100 Kronen)	6150.
England (1 Pfund Sterling)	1260.	Amerika (1 Dollar)	248 1/2.
Schwiz (100 Franken)	5000.	Frankreich (100 Franken)	258.
Italien (100 Lire)	1405.	Deutsch-Oesterreich (100 Kronen)	4,00.
Polen (100 Zloty)	407.	Ungarn (100 Kronen)	5,25.
Russland (100 Rubel)	91.	Bulgarien (100 Leva)	191.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 21. März.
Mitgeteilt vom Bankhaus Bausenke & Frische, Dresden, Gewandhausstr. 3.

Aktien			
Adress-Comp.	900	Adress-Comp.	900
Adress-Comp.	900	Adress-Comp.	900
Adress-Comp.	900	Adress-Comp.	900

Leipziger Kurse vom 21. März.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 250, Leipziger Opa...
Banke...
Banke...

Berliner Metallmarkt vom 21. März.
Kupfer...
Zinn...
Antimon...

Berliner Metallmarkt vom 21. März.
Kupfer...
Zinn...
Antimon...

Berliner Kurse vom 21. März 1922.
(Ohne Gewähr.)

Deutsche Staats- u. Stadtanl.		Transportwerte.	
1% Rigaer-Anl.	77,50	Adress-Comp.	900
1% Rigaer-Anl.	77,50	Adress-Comp.	900

Berliner Kurse vom 21. März 1922.
(Ohne Gewähr.)

Brauerei-Aktien.		Industrie-Aktien.	
Brauerei-Aktien	1090	Industrie-Aktien	1090

Berliner Kurse vom 21. März 1922.
(Ohne Gewähr.)

Bank-Aktien.		Aussländische Anleihen.	
Bank-Aktien	1090	Aussländische Anleihen	1090

Nr. 138
Dresdner Nachrichten
Mittwoch, 22. März 1922
Seite 5

Konzerdirektion F. Ries (F. Pöfner).

Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Pabstgarten

Leits und Susanne **RÉE** Konart auf zwei Klavieren

Karten: F. Ries, Abendkasse.

Nächsten Freitag, 7 1/2 Uhr, Königsplatz

Konzert

Prof. **E. Belousoff** Cello

Mitwirkung:
Prof. Isabella Wengerowa, Klavier.

Nächsten Dienstag (28. 3.)

Balalaika-Orchesters

Leitung: Dr. Eugen Swetkoff

Alexander Maximoff - Woldemar Rutschikowsky
Helene Sokolajka.

29. März Mittwoch

SMIRNOFF

Am Beckstein: Bruno Seidler-Winkler, Berlin

Karten: F. Ries, Seestr. 21

31. März Freitag

Beethoven

Neunte Symphonie

Dirigiert: Edwin Lindner

Ausführende:
Dresdner Sing-Akademie
Dresdner Lehrer-Ges.-Verein
Solisten: Erika Klizza, Wien, Helene Jung, Martin Wilhelm, München, Friedrich Plischke.

Karten: F. Ries, Seestr. 21

Königshof-Theater Täglich 8 Uhr

Max Neumann und Gesellschaft.

Die Buxe der Pandora

Eine „Buxe“ in 3 Akten von Max Neumann.

HEUTE Mittwoch 3 Uhr und 7 1/2 Uhr

ZWEIMAL

45 Löwen

und die „Schaus der 1000 Wunder“ bei

SARRASANI

Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus und Circuskasse.

Hotel Pansdorf

Wiener Platz 7, gegenüber Hauptbahnhof

Inh.: W. Pansdorf u. Ph. Gernert

Restaurant u. Diele I. Ranges

Fernruf 14 400

Kapelle: Pleschel-Kraft-Keppel.

ZOO-Garten

Heute sowie jeden Mittwoch

Familien-Ball

Ball-Anzeiger

für Mittwoch den 22. März:

Gasthof Wölfnitz Damen- u. Herren-Ball
Schweizerhäuschen Große öffentl. Ballmusik
Wilder Mann Erstkl. Musik, Neueste Tanzweisen.

Kurhaus

Weisser Hirsch

Heute Mittwoch ab 7 Uhr

Große Reunion.

Küche und Keller anerkannt vorzüglich

Die Sensation der diesjährigen Theaterspielzeit in Berlin!

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler

Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in 3 Teilen (42 Bildern) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik mit teilweise Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. von Reznicek

im Theater i. d. Königgräber Straße zu Berlin.

Bef dieser Aufführung gelangt die von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer erdachte Neuerung der Raumteilung und des beschleunigten Szenenwechsels zum ersten Male zur Anwendung. Dieses Problem wurde von Svend Gade übernommen und mit besonderer Berücksichtigung der Raumverhältnisse des Theaters in der Königgräber Straße praktisch gelöst

42 künstlerische Bühnenbilder i. d. Zeit von 1/8 Uhr bis gegen 10 Uhr!

Billetts sind im voraus zu bestellen!

ANTON MÜLLERS

schönstes Weinrestaurant im Empirestil

Marienstraße 46

Dresden besuchenden Fremden bestens empfohlen

DIE PREISWERTEN WEINE ERSTER FIRME

Bekannt guter MITTAGSTISCH Kleiner Nebensaal für Festlichkeiten

ABENDGEDECK 30 Mark

TÄGLICH ABEND-KONZERT

ANNENSALE

der so vielbeliebte feine

Mittwochs-Ball.

Voranzettel Freitag den 21. März

Dresdens lebter öffentl. Maskenball 1922

Fischhofplatz 10

2000 neue Ullstein-Schnittmuster für Frühjahr und Sommer

Residenz Kaufhaus
Modעהaus Renner
Gebr. Alsberg

Woll-Jacken

für Erwachsene, Backische und Kinder

Billige Preise!

H. Kupfermann, Frauenstr. 2a

Günstig für Wiederverkäufer!

Brillanten

Perlen, Smaragde

aus dem Silberbergbau

Ernst S. Schmidt, Ahlandstraße 6, 1.

Alle Grammophonplatten

aus dem Silberbergbau

Otto Friebel, Ahlandstr. 13

Gelegenheit! Herrenstoffe

verwendbar für Jacken und Kostüme, sehr preisw. Liebhaberkind, Jirkstraße 15, 1. rechtls.

Safelwagen

wie neu, 1 u. 2 fahrig, m. Aufschl. breiten und hohen Weller, für 2 Pers. M. Poppel, Götterstr. 3.

Zwei ungarische Mohrenschimmel

preiswert zu verkaufen

Sommerfeld bei Leipzig, Hauptstraße 33.

Suche 2 gute mittelstarke Pferde

in Vambau, Alter 5-10 Jahre, 166-172 hoch, aus Vrie zu kaufen.

Gebr. Otto Günther, Bahlauf bei Großbernbau, Telefon 87, 1. u. 2. St.

Oldenburger Stute

bunthb., 170 hoch, ca. 9 Jahre, schönes Wappenschild und toller Ather, verkauft privat

R. Schubert, Bohna, Braugasse 1, Teleph. Heilmann 29-4.

Hoffschimmel-Wallach

8 J., 161, fromm und gut erb., 170 hoch, als Saugpferd zu verkaufen.

Freiburger Str. 126, Tel. 14394.

Firma Robert Augustin

Oßeln, Sa. Fernsprecher 21.

Kompl. Gespann

br. Stute, 160 hoch - Halbhaise - eleg. leicht.

F. Rucktäschel, Laubegast, Hauptstr. 24 b.

Oldenburger und Ostfriesischer Milch- u. Zuchtviehverkauf

Zeige ergeben an, daß ich wieder mit einem großen Transport prima junger, schwerer, hochtragend, u. abgekalteter Oldenburger und Ostfries. Kühe und Kalben, (30 Stück)

Mar Kiesel, Inh. G. de Reuie, Weihen, am Bahnhof, Tel. 303.

Herdbuchbullen

im Alter von 1/2-1 Jahr eingeschrieben bin und ledige nach Ablauf der 10-tägigen Quarantäne ab Freitag den 21. März bei mir äußerst preiswert zum Verkauf stehen.

Mar Kiesel, Inh. G. de Reuie, Weihen, am Bahnhof, Tel. 303.

Guterhaltenes, modernes Personen-Auto

aus Dresden ist zu kaufen gesucht. Näheres 264 unter P. 1578 an die Sp. d. Zt. erbeten.

August Förster Flügel

Edle Tonfülle
Solideste Bauart
Mäßige Preise.

Waisenhausstraße 8, Centraltheater-Passage.

Stimmung-Reparaturen

billig rasch

Flügel
Pianos
Phonolas

Hupfeld-Rönisch
Waisenhausstr. 24

Original Oldenburger u. Ostfriesischer Gebrauchs- u. Wagenpferde

Neustädter Schauspielhaus

1/8 Die Königin der Nacht

Residenz-Theater

1/8 Die Königin der Nacht

Central-Theater

1/8 Das Teufelsmännchen

Landwirt. Buchführung

Kursbuch, Buchführung, Prospekt frei.

Junge Dame

Rheinländerin, kurze Zeit bei Schule beschäftigt, sucht, bei hier anzufragen, in der Nähe des Schloßes zu wohnen u. um reichlich freie Stunden in besserer Gesellschaft zu verbringen.

Nichte Sonnenschein

Brief liegt in der Exped. d. Zt.

Heute Probe.

WV. Landesverband sächsischer Trich- u. Fleischbeschauer.

Der diesjähr. Landesverbandstag findet am 25. März in Chemnitz statt.

102 Schreibmaschinen

Handelschule, Bismarck 15, Bush. u. Drohp. Tel. 17137.

Maschine

Schreiben, Stenographie, etc.

Schreibmaschinen u. Schreibstühle des Urlober & Gebel, Jürgler, Berne.

Landwirt. Buchführung

Kursbuch, Buchführung, Prospekt frei.

Junge Dame

Rheinländerin, kurze Zeit bei Schule beschäftigt, sucht, bei hier anzufragen, in der Nähe des Schloßes zu wohnen u. um reichlich freie Stunden in besserer Gesellschaft zu verbringen.

Nichte Sonnenschein

Brief liegt in der Exped. d. Zt.

Nichte Sonnenschein

Brief liegt in der Exped. d. Zt.

Nichte Lore

Brief liegt in der Exped. d. Zt.

Obernhaus

1/8 Die verkaufte Braut

Schauspielhaus

7 Des Opfer (Andipol)

Neustädter Schauspielhaus

1/8 Die Königin der Nacht

Residenz-Theater

1/8 Die Königin der Nacht

Central-Theater

1/8 Das Teufelsmännchen

Landwirt. Buchführung

Kursbuch, Buchführung, Prospekt frei.

Junge Dame

Rheinländerin, kurze Zeit bei Schule beschäftigt, sucht, bei hier anzufragen, in der Nähe des Schloßes zu wohnen u. um reichlich freie Stunden in besserer Gesellschaft zu verbringen.

Dresdner Nachrichten
Mittwoch, 22. März 1922
Seite 8